

**Erscheinungsweise:**  
Täglich mit Ausnahme der Sonn- und Festtage

**Anzeigenpreis:**  
a) im Anzeigentel:  
die Zeile 15 Goldpfennige  
b) im Reklameteil:  
die Zeile 50 Goldpfennige

Auf Sammelanzeigen kommen 50% Zuschlag

Für Platzvorschriften kann keine Gewähr übernommen werden

Geschäftsland für beide Teile in Calw.

# Calwer Tagblatt

**Amts- und Anzeigebblatt für den Oberamtsbezirk Calw.**

**Bezugspreis:**  
In der Stadt 40 Goldpfennige wöchentlich mit Trägerlohn  
Post-Bezugspreis 40 Goldpfennige ohne Bestellgeld

Schluss der Anzeigenannahme 8 Uhr vormittags

In Fällen höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises

Sprechstunde Nr. 9

Verantwortl. Schriftleitung:  
Friedrich Hans Scheele  
Druck und Verlag  
der A. Oelschläger'schen  
Buchdruckerei.

Nr. 157

Samstag, den 9. Juli 1927

101. Jahrgang

## Die Zollvorlage im Reichstag

### Die zweite Lesung der Zollnovelle

U. Berlin, 9. Juli. (Telunion.) Der Reichstag stimmte gestern in zweiter Lesung den Zollvorlagen und dem Gesetzentwurf über die Senkung der Zuckersteuer in zweiter Lesung zu. Der Reichstag stimmte weiterhin in zweiter Lesung der Novelle zur Verordnung über die Arbeitszeit in den Bäckereien zu. Danach kann durch Tarifvertrag oder Verordnung die 48-Stundenwoche auf 56 Stunden verlängert werden. An Sonn- und Festtagen sollen in zwei Stunden leicht verderbliche Konditorwaren hergestellt werden können.

Für den Freitag hatte sich der Reichstag noch eine ziemlich umfangreiche Tagesordnung zusammengestellt, die auch schon für die Ferien bestimmte Vorbereitungen treffen sollte. Mit Rücksicht darauf, daß der deutsch-französische Interimsvertrag vielleicht schon in den nächsten Tagen zustande kommt, wenn der Reichstag nicht da ist, hat man die Reichsregierung ermächtigt, mit Zustimmung des Reichsrats und eines Reichsausschusses, Wirtschaftsabkommen mit ausländischen Staaten in Kraft zu setzen. Zur Förderung der landwirtschaftlichen Siedelung soll das Reich neuerdings Bürgschaften in Höhe von 70 Millionen übernehmen dürfen. Mittelpunkt der Tagesordnung war aber die zweite Lesung des Zollgesetzes, mit der Erhöhung des Schweinefleisches, des Kartoffel- und Zuckersolls. Im Kleinsten hatten sich die Parteien darüber verständigt, daß die Generaldebatte erst bei der dritten Lesung sein sollte, während die zweite Lesung der Einzelbesprechung vorbehalten blieb, wobei für jede Fraktion eine Redezeit von zwei Stunden bewilligt war. Davon machten aber nur die Oppositionsparteien Gebrauch, die Regierungsparteien beteiligten sich an der Aussprache überhaupt nicht mehr. Schließlich wurde der demokratische Antrag auf Herabsetzung der Futtermittelzölle in namentlicher Abstimmung abgelehnt. In der Minderheit blieben Sozialdemokraten, Kommunisten und Bayerischer Bauernbund. Auch alle übrigen Änderungsanträge wurden abgelehnt und sämtliche Vorlagen in der Ausschussfassung angenommen, sodaß man wohl für den Samstag keine Überraschungen mehr zu erwarten hat.

### Besprechung zwischen Reichsbahn und Reichstagsabgeordneten.

U. Berlin, 9. Juli. Unter dem Vorsitz des Reichsverkehrsministers Koch fand am 8. Juli im Reichsverkehrsministerium eine Besprechung mit verschiedenen Reichstagsabgeordneten und der Hauptverwaltung der Deutschen Reichsbahn unter Führung des Generaldirektors Dr. Dormmüller statt. Nach Mitteilungen über die Finanzlage der Reichsbahn wurden die Tätigkeit der Verkehrskreditbank, ferner tarifmäßige Fragen sowie der Bahnbau Dortmund-Münster und die Mitropa-Frage erörtert.

### Reichswirtschaftsrat und Weltwirtschaftskonferenz

U. Berlin, 9. Juli. Der Wirtschaftspolitische, der sozialpolitische und der finanzpolitische Ausschuss des Reichswirtschaftsrates behandelten in ihrer gemeinsamen Sitzung am gestrigen Tage unter Beteiligung von Mitgliedern des handelspolitischen Ausschusses des Reichstages den von der Reichsregierung übermittelten Schlussbericht der Weltwirtschaftskonferenz des Völkerbundes. Die Reichsregierung hatte den Reichswirtschaftsrat um seine gutachtliche Stellungnahme sowohl zu den in dem Bericht zum Ausdruck gebrachten allgemeinen Grundfragen der Weltwirtschaftskonferenz als auch zu ihren praktischen Vorschlägen insbesondere der Herabsetzung des Zolltarifes ersucht.

Zu Beginn der Sitzung erläuterte Staatssekretär Dr. Trendelenburg das Schreiben der Reichsregierung und gab für die Weiterbehandlung der Fragen im Reichswirtschaftsrat Anregungen. Die ausführliche und umfangreiche Aussprache, an der sich außer den Mitgliedern des Reichswirtschaftsrates auch mehrere der deutschen Delegierten zur Weltwirtschaftskonferenz beteiligten, führte schließlich zur Bildung von zwei Arbeitsausschüssen, von denen der eine die allgemeinen Fragen und der andere die Zolltariff Fragen vorbereiten soll. Die umfangreiche Liste der zu prüfenden Zolltariffpositionen ist dem vorläufigen Reichswirtschaftsrat inzwischen zugegangen.

## Keine Einigung über den Nationalfeiertag

### Vertagung der Frage im Rechtsausschuss Erledigung erst im Herbst.

U. Berlin, 9. Juli. Gestern vormittag hat der Rechtsausschuss über das Zwischenpiel den Vorhang fallen lassen, daß der Reichstag mit seinem Vorstoß zugunsten des Nationalfeiertages aufgeföhrt hatte. Der Reichsrat und zumal die preussische Regierung kamen bei der Aussprache im Rechtsausschuss nicht sonderlich gut weg. Auch das Zentrum, dessen Minister in Preußen offenbar vorher überstimmt worden sind, machte aus seiner Verärgerung keinen Hehl. Ihm wurde von den Sozialdemokraten in dringendster Form nahegelegt, doch auf die Verbindung zwischen dem eigentlichen Nationalfeiertag und dem Schutz der gesetzlichen Feiertage, den das Zentrum beantragt hatte, zu verzichten. Das Zentrum lehnte aber sehr kühl ab, und mit 14 gegen 10 Stimmen wurde der sozialdemokratische Antrag, der die tags zuvor von demselben Ausschuss beschlossene Verbindung zwischen diesen beiden Fragen lösen wollte, abgelehnt. Die ganze Geschichte ging schließlich aus wie das Hornberger Schießen. Die Sozialdemokraten sahen ein, daß sie trotz der Unterstützung durch die preussische Regierung das Spiel verloren hatten und verzichteten überhaupt auf weitere Anträge. Der Vorsitzende Dr. Kahl stellte zu Protokoll fest, daß keinerlei weitere Anträge vorliegen, und der Ausschuss ging auseinander, ohne eine neue Sitzung anzuberaumen. Die ganze Frage ist also bis zum Herbst verschoben. Der Rechtsausschuss des Reichstages hat praktisch das Gutachten des Reichsrats in den Papierkorb geworfen. Der Reichsrat hat sich durch den Ueberreifer Preußens eine Niederlage geholt, die er sich hätte sparen können.

### Forderungen

#### der ostpreussischen Landwirtschaft

U. Königsberg, 9. Juli. Die Landwirtschaftskammer für die Provinz Ostpreußen hat einstimmig eine Entschliessung

gefaßt, in der mit Rücksicht auf die ganz besondere Notlage der abgetrennten Provinz Ostpreußen folgende Maßnahmen gefordert werden:

1. Schaffung eines Reichsministeriums für Ostpreußen als besonderes Ministerium oder, falls Bedenken dagegen bestehen, Beauftragung eines Reichsministers mit dieser Aufgabe analog dem Ministerium für die besetzten Gebiete.
2. Erhebung von Steuern und realen Lasten zunächst nur insoweit, als sie aus dem Einkommen bezahlt werden können.
3. Dotierung der Provinz in einem Maße, daß die öffentlichen Lasten tragbar bleiben. Als äußerste Grenze der Tragbarkeit ist zurzeit die Belastung von 1913 anzusehen.
4. Milderung der durch die Lage Ostpreußens bedingten Wirtschaftsschwierigkeiten durch entsprechende Maßnahmen auf dem Gebiete der Eisenbahnfrachten und Förderung produktiver Anlagen und kultureller Befange.
5. Hilfe auf dem Gebiete des Kreditwesens.
6. Rückstände von Steuern, Abgaben von sonstigen öffentlichen Lasten und von den Saatgutzulagen müssen in eine unverzinsliche oder niedrig verzinsliche Schuld umgewandelt werden, deren Rückzahlung auf mehrere Jahre verteilt wird.

### Ein deutscher Schritt in Brüssel

U. Brüssel, 9. Juli. Der deutsche Gesandte in Brüssel unternahm gestern eine Demarche bei Außenminister Vandervelde wegen der Erklärungen, die der belgische Kriegsminister bei der Beratung des Budgets der Landesverteidigung in Senat über die angeblichen Rüstungen Deutschlands abgab. Dem Gesandten wurde der offizielle Wortlaut der Rede des Ministers übergeben.

Wie die „Tägl. Rundschau“ meldet, erklärt die belgische Telegraphenagentur zu der Rede des belgischen Kriegsministers, daß die Worte des Ministers Broqueville unrichtig wiedergegeben worden seien. Nach der stenographischen Auf-

## Tages-Spiegel

Der Reichstag hat gestern die Zollvorlagen in zweiter Lesung angenommen.

Im Rechtsausschuss des Reichstages war gestern keine Einigung über den Nationalfeiertag zu erzielen. Die Frage wurde bis zum Herbst vertagt.

Das Reichskabinet setzte gestern die Besprechungen über das Reichsschulgesetz fort. Zu einem abschließenden Ergebnis haben die Beratungen auch gestern nicht geführt.

Die deutsche Regierung hat wegen einer Senatsrede des belgischen Kriegsministers über geheime Rüstungen der Reichswehr einen Schritt in Brüssel unternommen.

Nach Informationen aus Newyork soll sich die Konferenz der Bankpräsidenten mit dem Plan einer Stabilisierung des französischen Franken im Verhältnis 5:1 beschäftigen.

Die Wahlen in Rumänien haben eine überwältigende Mehrheit der Liberalen Partei erbracht.

Ein schweres Unwetter hat im badischen Schwarzwald im Bezirk Willingen große Verheerungen angerichtet.

Die deutsche Regierung hat gestern die Besprechungen über das Reichsschulgesetz fortgesetzt. In einem abschließenden Ergebnis haben die Beratungen auch gestern nicht geführt.

Das Blatt bemerkt hierzu: Auch diese Behauptungen des belgischen Kriegsministers entbehren jeder Begründung. Die Entlassung der Mannschaften und Offiziere erfolgt nach den von der Völkervereinigung diplomatischen Bestimmungen. Die erforderlichen diplomatischen Schritte zur Aufklärung dieser Angelegenheit sind von der deutschen Regierung bereits eingeleitet worden.

### Annahme des Budgets der Landesverteidigung im belgischen Senat.

U. Berlin, 9. Juli. Nach einer Meldung der Morgenblätter aus Brüssel hat der belgische Senat das Budget der Landesverteidigung mit 80 gegen 9 Stimmen bei 6 Stimmenthaltungen angenommen.

### Die Wahlrechtsreform

#### vor der franz. Kammer

U. Paris, 9. Juli. In der gestrigen Kammeritzung setzen die Kommunisten und die Rechte ihre Opposition gegen das Regierungsprojekt über die Wahlrechtsreform fort. Die Gegner des Kreiswahlrechts versuchten besonders durch Stellung von Zusatzanträgen die Regierung in eine unangenehme Lage zu bringen, bezw. durch eine Zusatzabstimmung das von den Linksparteien so heiß ersehnte Kreiswahlrecht zu hinterreiben. In den Abendstunden schlug schließlich der Präsident die Vertagung der Sitzung vor. Der Vorschlag wurde angenommen. Die Beratungen werden heute den ganzen Tag und die Nacht hindurch andauern. Man hofft auf diese Weise das Wahlreformprojekt bis spätestens Montag vormittag unter Dach und Fach bringen zu können.

### Generalmajor Hoffmann †

U. München, 9. Juli. Generalmajor Max Hoffmann, während des Krieges Chef des Generalstabs des Oberkommandos Ost, ist gestern in Bad Reichenhall einem Herzleiden erlegen.

Während des Krieges war H. zuerst beim Oberkommando der in Ostpreußen kämpfenden Armee und bald darauf als Oberquartiermeister beim Oberkommando Ost. Im Sommer 1918 wurde Hoffmann Generalstabschef beim Oberbefehlshaber Ost, dem Prinzen Leopold von Bayern. Im Oktober 1919 nahm er als Generalmajor hervorragenden Anteil an den Friedensverhandlungen mit der Ukraine und Sowjetrußland. Durch die Besetzung weiterer russischer Gebiete erreichte er den Frieden von Brest-Litowsk. Hoffmanns Gesandtschaft zu Ludendorff beruhte auf militärischem wie politischem Gebiet. Hoffmann war Gegner der Polenpolitik Ludendorffs.

## Einigung auf der Seeabrüstungskonferenz?

Ull Genf, 9. Juli. In den letzten Tagen haben in der Marinekonferenz mehrfach Besprechungen zwischen den Führern der drei Abordnungen stattgefunden, bei denen der Chef der japanischen Vertretung, Admiral Saito, die Rolle eines Vermittlers zwischen der britischen und der amerikanischen Vertretung spielte. Es scheint seinen Bemühungen gelungen zu sein, eine gewisse Entspannung der Lage herbeizuführen. Die Vertreter der drei Staaten sind grundsätzlich übereingekommen, dem von japanischer Seite vorgeschlagenen Kompromiß zuzustimmen, demzufolge das britische Reich und die Vereinigten Staaten von Nordamerika je 450 000 Tonnen und Japan 330 000 Tonnen an Kreuzern und eine gleich hohe Gesamttonnage an Torpedosbooten und Torpedobootszerstörern erhalten sollen. Die Marineabverträndigen der Mächte werden die Einzelheiten auf der Grundlage dieses Vorschlages ausarbeiten.

## Kleine politische Nachrichten

**Beamten-Beihilfe in Sachsen.** Der sächsische Landtag nahm einen Antrag der Regierungsparteien an, der die Gewährung einer einmaligen Unterstützung für die sächsischen Staatsbeamten vorseht. Danach erhalten die Beamten in den Gruppen 1—4 40 v. H., in den Gruppen 5—6 30 v. H., in den Gruppen 7—9 25 v. H. und in den höchsten Gruppen 20 v. H. des Zulagehaltes, zuzüglich einer Frauen- und Kinderbeihilfe, höchstens jedoch 200 M.

**Die deutsch-englischen industriellen Verhandlungen.** Ueber die Verhandlungen zwischen dem Reichsverband der Deutschen Industrie und dem Britischen Industrieverband erfährt die U. A., daß sich beide Verbände in der Anerkennung über die von der Weltwirtschaftskonferenz geleisteten Arbeit einig sind. Beide Verbände wollen bei ihren Regierungen für die Beseitigung der Ein- und Ausfuhrverbote, die Vereinfachung der Zollnomenklatur und den Ausbau der internationalen Handelsstatistik eintreten.

**Der 7. Internationale Kongreß zur Bekämpfung des Mädchen- und Kinderhandels,** der zuletzt 1913 und in den letzten Tagen des Juli wiederum auf Einladung Englands in London tagte, durfte an der Frage der französischen Vordelle im besetzten Gebiete nicht vorübergehen. Nach Überwindung einiger Schwierigkeiten bei einzelnen Völkern setzte die deutsche Delegation folgenden Beschluß durch: Nachdem der 6. Internationale Kongreß zur Unterdrückung des Frauen- und Kinderhandels in Graz am 19. September 1924 beschlossen hat, daß die Reglementierung und Vordellierung als Hauptursache des Mädchen- und Kinderhandels, wo sie auch immer angetroffen werden mögen, ein Angriff auf die Rechte und Würde der Menschheit sind, beauftragt der Internationale Kongreß das Internationale Büro, bei jeder Regierung, soweit es sie betrifft und in allen Fällen, wo mehrere Regierungen in Frage kommen, bei allen diesen Regierungen gleichzeitig, sowie beim Völkerbund auf jedem möglichen Wege dahin zu wirken, daß alle Vordelle aufgehoben werden. Dieses gilt für alle Gebiete, stets und unter allen Umständen.

**Die deutschen Reichswehroffiziere bei den englischen Luftmanövern.** Gegenüber Kommentaren, die sich an die Anwesenheit deutscher Reichswehroffiziere in England während der dortigen Luftmanöver geknüpft haben, wird an zuständiger Stelle daran erinnert, daß bereits im vorigen Jahre deutsche Offiziere den dortigen Manövern beigewohnt haben. Die englischen Luftmanöver vollziehen sich nicht unter Ausschluß der Öffentlichkeit, sondern haben im Gegenteil einen stark propagandistischen Wert. Die Reichswehroffiziere, die sich als Privatpersonen in Zivil nach England begeben haben, sind von dem englischen Militärattache in Berlin dazu aufgefordert worden. Ihr Besuch in England entbehrt selbstverständlich jeder aktuellen politischen Bedeutung.

**Kein Stimmrecht für das französische Militär.** Die Kammer hat in Fortsetzung der Diskussion über das Rekrutierungsgesetz einen sozialdemokratischen Antrag, der das Stimmrecht für das Militär verlangt, mit 355 gegen 200 Stimmen abgelehnt, nachdem Kriegsminister Painlevé gegen den Antrag namens der Regierung die Vertrauensfrage stellte.

**Die Zwischenfälle am Mont Genis.** Zu den Zwischenfällen am Mont Genis, wo italienische Artillerie bei Schießübungen französische Besatzungen zerstörte, erklärte man in französischen diplomatischen Kreisen, daß den Vorfällen keine politische Bedeutung zukomme. Es handle sich nicht um eine Grenzverletzung, sondern nur um eine Rechtsfrage im Sinne des Gesetzes von 1861, das die Wahrung der Interessen der auf italienischem Gebiet wohnenden Franzosen vorsieht. Zu prüfen bleibe die Entschädigungsfrage. Eine Untersuchung sei eingeleitet.

**Neue Zwischenfälle an der französisch-italienischen Grenze.** Wie das „Journal“ aus Nizza meldet, haben sich an der französisch-italienischen Grenze zwei neue Zwischenfälle ereignet. Der Schnellzug 23, der Ventimiglia um 17.30 Uhr verläßt, wurde von einer italienischen Grenzgarde gezwungen, nach der Abfahrtsstation zurückzukehren. Außerdem soll eine italienische Abteilung von 30 Mann im Tine-Tal die Grenze überschritten haben.

**Blutige Wahlkämpfe in Jugoslawien.** Wie die „Bosn. Ztg.“ aus Belgrad meldet, kam es in einer Wählerversammlung in dem serbischen Orte Balseve zu blutigen Zusammenstößen zwischen den Anhängern zweier Wahlkandidaten. An den Prügeleien, in denen schließlich neben Stöcken und Steinen

Wenigstrafetenmörser und Revolver zur Geltung kamen, nahmen 700 Personen teil. 30 Personen wurden schwer verletzt. **Bulgarisch-jugoslawischer Zwischenfall.** Eine Abteilung bulgarischer Komitadschis versuchte in der Nähe von Balanowa auf jugoslawisches Gebiet einzudringen. Die jugoslawische Grenzgarde trieb die Komitadschis in die Flucht, wobei diese mehrere Tote und Schwerverletzte auf dem Platz ließen. Von der jugoslawischen Grenzgarde erlitten 2 Mann leichtere Verletzungen.

**Aufdeckung einer sowjetrussischen Spionagezentrale in Riga.** Nach einer Meldung der lettlandischen Telegraphen-Agentur ist in Riga eine große Spionageorganisation zugunsten Sowjetrusslands aufgedeckt worden. Wichtiges belastendes Material soll beschlagnahmt und 8 Personen sollen verhaftet worden sein.

**Russisches Flottenmanöver.** Wie aus Leningrad gemeldet wird, ist die russisch-baltische Flotte zu fünftägigen Manövern in See gegangen. Die Manöver werden als Gegen-demonstration gegen den Besuch englischer Kriegsschiffe in baltischen Häfen gewertet.

**Abbruch eines kurzfristigen polnisch-amerikanischen Kreditabkommens.** Nach mehrstündiger Konferenz zwischen dem Staatspräsidenten Marschall Pilsudski, Vizepremier Bartels und dem Finanzminister ist das Abkommen über einen sechsmonatigen 15-Millionen-Dollar-Kredit zwischen der polnischen Regierung und den amerikanischen Unterhändlern unterzeichnet worden. Die Frage der 60-Millionen-Anleihe ist bis zu einem günstigeren Zeitpunkt auf dem amerikanischen Geldmarkt vertagt worden.

**Griechenland will mit Sowjetrußland brechen.** Die „Reichspost“ meldet, daß die griechische Regierung mit großer Besorgnis die starke kommunistische Propaganda in Griechenland verfolgt. Da sich aber die bisherigen Maßnahmen gegen die Agitation der 3. Internationale, die durch angebliche Kaufleute im ganzen Lande für die Revolution arbeitet, als ungenügend erwiesen haben, erwägt die griechische Regierung nunmehr als letztes Mittel den Abbruch der offiziellen Beziehungen zu Sowjetrußland. Ueber diese Frage soll der griechische Außenkommissar bereits mit den maßgebenden französischen und englischen Staatsmännern eingehende Rücksprache gepflogen haben.

## Aus aller Welt

**Unwetter im Reich-Weißensefelder Braunkohlengebiet.**

Der westliche Teil des Reich-Weißensefelder Kohlengbietes wurde von einem schweren Unwetter heimgesucht. Besonders die Gegend von Teuchern wurde durch wolkenbruchartigen Regen schwer mitgenommen. Auf einzelnen Gehöften stand das Wasser in den Ställen bis zu einem Meter hoch. Der Ort Unterneßa wurde von einer Wasserflut überflutet. Die Schlamm- und Wasserfluten rissen alles mit sich, was der Hagel nicht bereits vernichtet hatte. Der Blitz zündete in mehreren Fällen. Zwischen Teuchern und Deuten wurde der Sechsdamm teilweise unterspült.

**3 Schlafwagen des Berlin-Niagarer D-Zuges entgleist.**

Der Schnellzug Berlin-Niagarer verunglückte bei der litauischen Station Janischki beim Verlassen des Bahnhofes. Als der Zug noch in halber Geschwindigkeit fuhr, entgleisten die drei hinteren internationalen Schlafwagen bei Passieren einer Weiche. Die losgerissenen Wagen rannten auseinander und erlitten starke Beschädigungen. Die Passagiere stürzten aus den Betten, jedoch erlitt niemand ernstere Verletzungen.

**Starke Hitze über Nordägypten.**

Wie aus Kairo gemeldet wird, herrscht an der Nordküste Ägyptens eine Hitze, wie sie seit 20 Jahren nicht mehr vorgekommen ist. Zahlreiche Personen sind bereits an Hitzschlag gestorben. Die nach Europa abgehenden Dampfer sind mit Ägyptern gefüllt, die der unerträglichen Hitze zu entgehen suchen.

**Der amerikanische Unabhängigkeitstag.**

Nach einer Meldung aus London berichtet die „Daily Mail“ aus Newyork, daß bei den Feiern des amerikanischen Unabhängigkeitstages nach bisher vorliegenden Berichten nicht weniger als 235 Menschen ihr Leben verloren haben, die meisten durch Kraftwagenunfälle. Zahlreiche Unglücksfälle gab es auch beim Abbrennen von Feuerwerken. In Newyorker Krankenhäusern mußten allein 260 Kinder behandelt werden.

**Riesenfeuer in Atlantic City.**

In Atlantic City wurden durch ein Riesenfeuer in der Nähe des Strandes vier Hotels und acht Vergnügungspaläste eingekäschert. Unter den Badenden und Hotelgästen entstand eine Panik, die noch durch die durch das Feuer hervorgerufenen Explosionen vergrößert wurde. Menschenleben sind glücklicherweise nicht zu beklagen. Der Schaden wird auf Hunderttausende von Dollars geschätzt.

**12 Tote bei einem Zugzusammenstoß in Argentinien.**

Nach einer Meldung aus Buenos Aires stieß in der Nähe von Mendoza ein Zug, in dem sich ein kontingent chilenischer Militärladetten befand, mit einem aus entgegengesetzter Richtung kommenden Personenzug zusammen. 9 Zivilisten und 3 Kadetten wurden getötet, 45 Personen verwundet.

## Vom Calwer Rathaus

Stadtschultheiß Böhrer eröffnet die Sitzung um 4 Uhr. Nach Verlesen des letzten Sitzungsberichts wird sogleich in die Tagesordnung eingetreten. Zur Beratung steht zunächst eine vom Vorsitzenden auf Wunsch des Kollegiums

ausgearbeitete Sitzung über die Bildung und den Geschäftskreis einer gemeinderätlichen Bauabteilung. Dem Sitzungsentwurf gemäß soll diese Abteilung aus dem Stadtvorstand als Vorsitzendem und 6 weiteren Mitgliedern sowie 6 Stellvertretern gebildet werden. Die Mitglieder und Erzhändler der Abteilung sollen auf drei Jahre gewählt werden, erstmals bis zum Ablauf des Jahres 1928. Nach Erneuerungswahlen im Gemeinderat werden auch die Mitglieder der Abteilung neu gewählt. Die Bauabteilung soll an Stelle des Gemeinderats zur Erledigung folgender Geschäfte zuständig sein: Genehmigung der Ausführung von Stadt-, Hoch- und Tiefbauten (Neubauten oder bauliche Veränderungen mit einem Kostenaufwand bis zu 2000 M. Vergebung von Arbeiten und Lieferungen für Hoch- und Tiefbauten bis zu einem Wertbetrag von 5000 M. Anschaffung von Einrichtungsgegenständen für die städt. Gebäude bis zu einem Wertbetrag von 500 M. im Einzelfall. Annahme und Freigabe von Sicherheitsleistungen auf Grund von Bauverträgen. Abschluß von Mobiliarsenerversicherungsverträgen, Befreiung der Verwendung von Brandentschädigungen, Durchgang des Feuerversicherungsbuches usw. Überwachung der Vornahme der Ortsfeuerwehr. Regelung der Straßenbeleuchtung. Schätzung von Gebäuden und Grundstücken. Begutachtung und Entscheidung von Baugefunden und Handhabung der Baupolizei; Befreiung von Vorschriften der Ortsbauordnung. Einstellung und Entlassung von ständigen Arbeitern, Festsetzung der Lohnverkaufspreise. Bei Einspruch von 2 Mitgliedern der Abteilung erfolgt die Behandlung des fraglichen Stoffes im Gemeinderat. Die Bauabteilung hat weiterhin zur Vorlage an den Gemeinderat vorzubereiten: Stadtbaupläne und Bauplätze, Ortsbauordnungen; Festsetzung der Wasserpreise, der Preise für elektr. Strom und der Gaspreise. Jahresvoranschläge der Techn. Werke und der Hoch- und Tiefbauverwaltung. Genehmigung der Ausführung von Arbeiten und Vergabung von Arbeiten und Lieferungen für Hoch- und Tiefbauten, die die genannten Wertgrenzen überschreiten. Die Sitzungen der Bauabteilung sind nicht öffentlich. Der Vorsitzende verweist auf die Vorteile und Nachteile, welche die Bildung einer Abteilung für Baufragen mit sich bringt, und stellt dabei fest, daß neben einer Entlastung des Gemeinderats vor allen Dingen in vielen Fragen sachgemäßere Arbeit (auch bei der Arbeitsvergebung) geleistet werden könne. Als Nachteil mag andererseits eine gewisse Beschränkung des Geschäftskreises des Gemeinderats erscheinen. **GN. Bauehle** hält eine Bauabteilung für kein dringendes Bedürfnis und befürchtet bei Genehmigung des vorliegenden Sitzungsentwurfes, der große Nachbegriff enthalte, eine bedeutende Beschränkung des Geschäftskreises des Gemeinderatsplenums, die weder dem Nutzen des Gemeinderats, noch den Interessen der Pfortenentsprechung. **GN. Sannwald** fordert die Führung eines Protokolls in der Bauabteilung, welches dem Gemeinderat stets vorzulegen ist, weiterhin stellt er den Antrag, die angeführten Wertgrenzen von 2000 auf 1000 und von 5000 auf 2000 M. herabzusetzen. Auch soll die Befugnis der Abteilung, von Vorschriften der Ortsbauordnung zu befreien, fortfallen und die Beratung von Etats in der bisher üblichen Weise vom Plenum fortgeführt werden. Im übrigen hält er die nötigen Sicherungen für gegeben und glaubt, daß unter den gestellten Bedingungen eine Benachteiligung des Plenums nicht eintreten könne. **GN. May** bemerkt, daß in den umliegenden Oberamtsstädten Bauabteilungen beständen und diese z. T. gerade auf Wunsch der Handwerkskreise gebildet worden seien. Auch er tritt für eine Verminderung der Befugnisse der Kommission ein, welche jedoch wertvolle Arbeit zu leisten in der Lage wäre. **GN. Zahn** spricht sich gegen eine Baukommission aus. **GN. Haile** hält die Bildung einer Baukommission für angebracht, hält aber eine Beschränkung des Rahmens ihrer Befugnisse für geboten. Der Gemeinderat werde einerseits von mancher Kleinarbeit entlastet, andererseits würden aber auch der Geschäftskreis des Gemeinderats erheblich beschränkt. Die **GN. Schnauffer, Perrot und Conz** lehnen die Bildung einer Bauabteilung ab. In öffentlicher Abstimmung wird darauf die Bildung einer Bauabteilung abgelehnt und lediglich die zeitweise Bildung von Ausschüssen zur Vorbereitung bautechnischer Fragen gebilligt. — Das Spielangebot der Württ. Volksbühne für das Spieljahr 1927—28 wird nach ablehnender Stellungnahme der **GN. Sannwald u. Bauehle** mit 12 gegen 6 Stimmen abgelehnt. Der Aufwand der Stadt hätte bei 4 Vorstellungen 500 M. betragen. — Das hygienische Institut in Tübingen hat wegen sachverständiger Mitwirkung bei Ausübung der Nahrungsmittelkontrolle ein Vertragsangebot an die Stadtverwaltung gerichtet. Da die Stadtverwaltung mit der bisherigen Tätigkeit der Untersuchungsanstalt in Pforzheim zufrieden ist, stellt sich der Gemeinderat auf den Standpunkt, daß es (auch angesichts der sehr schlechten Verkehrsverbindungen mit Tübingen) nicht mehr wie billig sei, die Untersuchungen auch weiterhin in Pforzheim ausführen zu lassen. — Die durch das Ableben von **GN. Staudenmeyer** notwendig gewordene Neuwahl eines Amtsverwaltungsdeputierten ergibt in gemeinsamer Abstimmung die Wahl von **GN. Proß**. — Durch die Zinserhöhungen der letzten Zeit sind die Zinsätze für die Darlehen der Girozentrale an die Stadt (90 000 M.) von 7,75 auf 8,50 Prozent herausgehoben worden. Der Gemeinderat nimmt hiervon Kenntnis. — Die Stadtpflege wird um Vorschläge über die Anregungen der Verzugszinsen, die dringend erforderlich sind, ersucht. — Bei der Erledigung weiterer Verwaltungsangelegenheiten wird u. a. ein Baugesuch der Methodistengemeinde (Saalbau) genehmigt. Nach Schluß der öffentlichen Sitzung findet eine Geheim Sitzung statt mit anschließender Verwaltungsabteilungsabteilung.



## Stadtgemeinde Calw.

Zu dem am nächsten Mittwoch, den 13. Juli 1927 stattfindenden



**Krämer-, Pferde-,  
Bieh- u. Schweine-  
Markt**

ergeht Einladung.  
Calw, den 9. Juli 1927.

Stadtschultheißenamt: Göbner.

## Würzbach.

Das

## Gammeln von Beeren aller Art

ist in den Waldungen der Markung Würzbach für Answärtige bei Strafe verboten.  
Der Gemeinderat.



## Veteranen- u. Militärverein Calw

Der Verein beteiligt sich am Sonntag, den 10. Juli 1927 beim

25jähr. Jubiläum des Krieger-Vereins Gehlingen.  
Antreten 11.45 Uhr vorm. beim Vorstand. **Abfahrt mit Auto 12 Uhr. Trommler- und Pfeiferkorps rückt mit aus.** Um vollzähliges Erscheinen wird gebeten.  
Reichmann.

## Amtsversammlung

Am Samstag, den 16. Juli 1927, vormittags 8 Uhr, findet im Rathausaal in Calw eine Amtsversammlung statt.

Stimmberichtig sind die Amtsdeputierten von Calw, Nischalden, Altblach, Alzenberg, Dachtel, Dedenspfonn, Hirfan, Holzbronn, Liebenzell, Neubulach, Oberkollwangen, Oberreichenbach, Ottenbronn, Stammheim, Unterhaugstett, Unterreichenbach, Zwierenberg.

An den Verhandlungen mit beratender Stimme teilzunehmen sind besetzt:

1. die Amtsdeputierten der übrigen Gemeinden,
2. diejenigen ordentlichen Mitglieder des Bezirksrats, welche von der Amtsversammlung nicht aus der eigenen Mitte gewählt worden sind.

Den Herren Amtsdeputierten wird noch besondere Ladung zugehen.

### Tagesordnung:

1. Beeidigung der neuereitretenden Mitglieder;
2. Wahlen:
  - a) Mitglieder des Wasserschiedsgerichts, b) Vertreter der Gebäudeeigentümer bei der Gebäudebrandversicherungsanstalt, c) Fürsorgeausschuß, d) Stellvertreter für das Bezirksratsmitglied der Stadtgemeinde Calw für 1927 und 1928, e) Wahl des 2. Beamten der Oberamtsparlkasse, f) Errichtung der Oberamtsbaumeisterstelle II, Wahl des Beamten derselben;
3. Sparkassenangelegenheiten:
  - a) Verlängerung des Depositen Darlehens der Stadtgemeinde Tübingen, b) Aufwertung der Spareinlagen bei der Oberamtsparlkasse und Aufwertung der frühe-

- ren Schulden der Amtskörperschaft bei der Oberamtsparlkasse, c) Satzungsänderungen der Oberamtsparlkasse und des Württ. Sparkassengiroverbandes;
4. Ablösung der Anleihen der Amtskörperschaft;
5. Dienstaufwandsentschädigung für Amtskörperschaftsbeamte;
6. Aenderung der Besoldungsatzung;
7. Schuldaufnahmen der Amtskörperschaft;
8. Straßenaufwandsbeiträge an die Gemeinden:
  - a) Holzbronn, b) Dachtel, c) Simmnsheim, d) Javelstein, e) Emberg;
9. Straßenerhaltungskosten;
10. Beteiligung an dem Bau der Kleinenzstaltstraße;
11. Beiträge:
  - a) für den Landwirtschaftl. Bezirksverein für Tierzuchtzwecke, b) Jubiläumsspende an die Universität Tübingen, c) Jubiläumsspende an die Kinderrettungsanstalt Stammheim;
12. Vergütung der Kosten der Fürsorge für Obdachlose in der Wanderarbeitsstätte durch die Stadtgemeinde Calw;
13. Bartgeld des Oberamtsbaumwärters;
14. Fürsorgeaufwand auf Geistesranke usw.;
15. Aufwertungsgehalt aus der Zuckerbewirtschaftung des Kommunalverbandes;
16. Abhör amtskörperschaftlicher Rechnungen;
17. Feststellung des Haushaltsvoranschlags für 1927.

Calw, den 7. Juli 1927.  
Württ. Oberamt:  
Oberamtmann Rippmann.

Stadtgemeinde Calw  
Bei guter Witterung findet am  
Sonntag, den 10. Juli 1927  
von vormittags 11—12 Uhr  
**Promenadenkonzert**  
im Stadtgarten  
statt. Eintrittspreis 30 Pfg., Kinder frei. Eingang von der Salzgasse aus. Die Panoramastraße und der Lärchenweg bleiben über die Dauer des Konzerts für den Durchgangsverkehr gesperrt.  
Calw, den 9. Juli 1927.  
Stadtschultheißenamt.

**LUFTKURORT HIRSAU**  
Morgen Sonntag, den 10. Juli  
abends 8—10 Uhr  
**Konzert**  
ausgeführt von der Kurkapelle  
Hiezu ladet freundlichst ein  
die Kurverwaltung

**Poliertuch**  
die Freude der Hausfrau,  
Polier-Wunder-„Mitur“  
reinigt, poliert u. frischt auf.  
Alleinverkauf:  
**Suk. Linkenheil**  
Badstraße.  
**1 Schüsselbrett und  
1 Blumenbrett**  
hat zu verkaufen. D. D.  
Freiw. Sanitätskolonne  
Calw.  
Sonntag vormitt. 7 Uhr  
Antreten  
am Waschkloak.  
Vollzähliges Erscheinen unbedingt erforderlich. R.  
**WASCHMASCHINEN  
RINGMASCHINEN**  
nur erstkl. Fabrik, empfiehlt  
Fr. Herzog, beim Rösle, Calw.  
Ausführung v. Reparaturen.

**Musikschule - Calw**  
Direktion: Otto Fromm, Kapellmeister  
Schiessberg 310  
Vollständige Ausbildung in der Musik.  
Praktische Unterrichtsfächer:  
Klavier, Violine, Ensemblespiel,  
Gesang (Frau Marie Fromm, Opern- u.  
Konzertsängerin)  
Theoretische Unterrichtsfächer:  
Harmonielehre, Kontrapunkt  
Aufnahme neuer Schüler jederzeit.  
Honorar pro Monat 14.— Mark.

**Lichtspieltheater  
Bad. Hof**  
Morgen Sonntag mittag 3 und abends 8 Uhr  
**Meine Tante  
Deine Tante**  
Ein Lustspiel in 6 Akten von Walter Supper  
Mit dem Weltstar: **Henny Porten**  
Hiezu die allerneueste Emelka-Wochenschau

Ich habe in meinem altbekannten  
**Gasthaus zur „Schwane“**  
außer der Tageswirtschaft und dem  
Nebenzimmer ein neuzeitlich aus-  
gestattetes  
**Café mit eigener Konditorei**  
eingerrichtet, zu dessen Besuch ich  
unter Zusicherung aufmerkamer  
Bedienung hiermit höflich einlade.  
Eröffnung Sonntag, den 10. Juli  
Fernspr. Nr. 108 Fritz Maier, Dorfstadt.

Einige größere  
**Regale**  
für Laden oder Büro passend  
verkauft  
Schreinermeister  
**Schable.**  
**Althengstett.**  
Schöne  
**2- und 3- Zimmer-  
Wohnung**  
in neuem Hause sofort be-  
ziehbar gegenüber dem  
Bahnhof, zu vermieten  
S. Wetfch.

Einen bereits neuen schweren  
**Langholzwagen**  
sowie eine halbjähr. schöne  
**Rottweiler-Rübe**  
und eine  
**Doppelflöte**  
zu verkaufen.  
Von wem, sagt die Ge-  
schäftsstelle ds. Blattes.

**Stachelbeeren  
und Tränblen**  
können bestellt werden bei  
**Gottlob Methammer  
Marktplaz.**  
**Inserieren bringt Erfolg!**

Statt Karten!  
Resi Baumann  
Paul Morof  
Verlobte  
Schramberg Stuttgart  
Maria Chann Calw

**Speßhardt.**  
Am Sonntag, den 10. Juli,  
findet im Gasthaus zum Lamm  
**Tanz-  
unterhaltung**  
statt, wozu höflichst einladet  
Martin Weber.

**Café-Restaurant Adam Hirsau**  
Sonntag nachmittag  
**TANZ-TEE**  
abends  
**KONZERT mit TANZ**

**Althengstett.**  
**Fahrräder  
Nähmaschinen**  
kaufen Sie vorteilhaft bei  
**Christian Koller**  
Reparatur-Werkstätte  
Günstige Teilzahlung!

**Bremen - Südamerika  
Ostküste / Westküste**  
Gervorragende Reisegelegenheiten  
mit den besten Dampfern des  
**NORDDEUTSCHEN LLOYD BREMEN**  
Kostlose Auskunft erteilt  
In Calw:  
Apotheker Carl Reichmann.

Verpachte eventl. ver-  
kaufe mein  
**Geschäfts-  
Haus**  
S. R ö h m.

**Fußboden-  
Riemen**  
gehobelt mit Nut u. Feder,  
gut trocken,  
in Riesen u. Pflanz-  
geben billig ab  
Gebr. Theurer, Nagold.